



**Bericht über die bisherige Arbeit der
Enquete-Kommission 5/2 des Landtages
Brandenburg „Kommunal- und
Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und
zukunftsfest – Brandenburg 2020“**

**1. Februar 2012
Werner Große
Sachverständiges Mitglied
der Enquete-Kommission**

Landtag Brandenburg

- Enquete-Kommission „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“
- Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen
- Angenommen am 23. März 2011
- Vorsitzender: Stefan Ludwig (LINKE)
- Stellvertreter: Sven Petke (CDU)
- 7 Mitglieder, 7 Sachverständige

1. Februar 2012

Werner Große

2

Mitglieder der Enquete-Kommission

7 Parlamentarische Mitglieder/
stellv. parlamentarische Mitglieder

- Manfred Richter / Elisabeth Alter (SPD)
- Werner-Siegwart Schippel / Holger Rupprecht (SPD)
- Stefan Ludwig / Dr. Michael Egidius Luthardt (DIE LINKE)
- Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg Margitta Mächtig (DIE LINKE)
- Sven Petke / Henryk Wichmann (CDU)
- Andreas Büttner / Hans-Peter Goetz (FDP)
- Ursula Nonnemacher / Marie Luise von Hale (GRÜNE/B90)

7 Sachverständige Mitglieder

- Dr. Uta Barkusky, Uta (Bürgermeisterin Stadt Müncheberg)
- Karl-Ludwig Böttcher (Geschäftsführer Städte- und Gemeindebund Brandenburg)
- Prof. Dr. Gisela Färber (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer)
- Prof. Dr. Ihno Gebhardt (FH der Polizei Brandenburg; Fellow des KWI Universität Potsdam)
- Werner Große (Präsident Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Bürgermeister Stadt Werder/Havel)
- Prof. Dr. Christoph Hönnige (Georg-August-Univ. Göttingen)
- Dr. Paul-Peter Humpert (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Landkreistag Brandenburg)

1. Februar 2012

Werner Große

3

Enquete-Kommission

- 10 Punkte Arbeitsauftrag
- Zwischenbericht Sommer 2012
- Abschlussbericht 2. Quartal 2013

1. Februar 2012

Werner Große

4

Arbeitsauftrag

1. Die Ergebnisse der Ämterreform 1992, der Kreisgebietsreform 1993 und der Gemeindegebietsreform des Jahres 2003 sind zu prüfen und unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit in einer zusammenfassenden Bewertung darzustellen. Dabei sind die Erfahrungen anderer Länder, insbesondere der Reformen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu berücksichtigen. Die Leistungsfähigkeit, Strukturen und Größen der kommunalen Verwaltungseinheiten sind vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs zu bewerten

1. Februar 2012

Werner Große

5

Arbeitsauftrag

2. Die derzeitige vertikale und horizontale Aufgabenverteilung zwischen Land, Landkreise und Kommunen und die dabei eingesetzten Personal- und Finanzmittel sind systematisch zu erfassen und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und den sich ändernden finanziellen Rahmenbedingungen zu bewerten. Zur Sicherung der Daseinsvorsorge sind die Leistungen kritisch zu beurteilen.

1. Februar 2012

Werner Große

6

Arbeitsauftrag

3. Die Struktur der Aufgabenverteilung auf allen Ebenen ist kritisch zu bewerten. Es ist zu überprüfen, an welcher Stelle diese Aufgaben bürgerfreundlich, am effizientesten und kostengünstigsten erbracht werden können und ob auf Ebene der Landesbehörden neue Zusammenarbeitsmodelle mit anderen Ländern gefunden werden können. Die Vorschläge dürfen einer möglichen Länderneugliederung nicht im Wege stehen.

1. Februar 2012

Werner Große

7

Arbeitsauftrag

5. Bei der Betrachtung von Neustrukturierungen der Verwaltungseinheiten ist auch die Frage zu untersuchen, ob die Ämter im Land Brandenburg vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung in anderen Ländern umgestaltet oder nach den Erfahrungen anderer Flächenländer neu konzipiert werden müssen.

1. Februar 2012

Werner Große

8

Arbeitsauftrag

6. Die Enquetekommission soll ausgehend von den Analyseergebnissen dem Landtag verschiedene Modellvarianten einschließlich Mindestgrößen für eine mögliche Neu- bzw. Umstrukturierung der Gebietskörperschaften im Land Brandenburg vorlegen, die den sich verändernden finanziellen und demographischen Bedingungen Rechnung tragen. Die modifizierten Verwaltungsstrukturen sollen flexible und zukunftsfeste Elemente beinhalten, um auf künftige demographische Entwicklungen reagieren zu können. Grundlage für eine Gebietsreform ist eine Funktionalreform. Die Entwicklungen und Reformen in anderen Ländern sollen dabei vergleichend herangezogen werden.

1. Februar 2012

Werner Große

9

10.06.2011: Beschluss über Arbeitsplan

- Festlegung von 7 Aufgabenkomplexen
 - I. Evaluierung und Erfahrungen bisheriger Reformen
 - II. Evaluierung der horizontalen und vertikalen Aufgabenverteilung
 - III. Kommunale Kooperation
 - IV. Zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen
 - V. Zukunft der Kommunalfinanzen
 - VI. Leistungsfähiges und bürgernahes E-Government
 - VII. Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger
- Problem: Starke Fixierung auf Kommunen, nicht auf Land

1. Februar 2012

Werner Große

10

Bestandsaufnahme

- Bisherige Reformen auf Landesebene
 - Anhörung Landesregierung und Spitzenverbände
 - Anhörung einer Vertreterin des Sonderausschusses zur Überprüfung von Normen und Standards der letzten Wahlperiode

1. Februar 2012

Werner Große

11

Bestandsaufnahme

Bisherige Reformen auf kommunaler Ebene

- Kreisgebietsreform 1994
- Gemeindestrukturreform 1998/2003
- Anhörungen MI:
 - Bericht zur Evaluierung der Gemeindegebietsreform 2003 durch MI (Ds 5/3684) - Bericht „stellt keine Evaluierung dar“, „erster Aufschlag“
 - MI: Kommission müsse sich zwischen „Fusion und Kooperation“ entscheiden
 - MI: Gesetzliche Gemeinde-Neugliederungen seien ab ca. 2020 rechtlich möglich
- Anhörung von Hauptverwaltungsbeamten und ehrenamtlichen Bürgermeistern bzw. Ortsvorsteher

1. Februar 2012

Werner Große

12

Bestandsaufnahme

- Wurde Ziel der Gemeindestrukturreform 1998/2003, Aufgaben auf Gemeindeebene zu übertragen erreicht?
- Erfassung der Aufgaben des Landes und der Kommunen
- Erhebung des Personals und der Haushaltsdaten der Kommunen 1998 bis 2009
 - Ziel: Ermittlung der Auswirkung der Gemeindestrukturreform und Abgleich mit den damaligen Zielen
- Problem von „Mehrfachneugliederungen“ im Blick

1. Februar 2012

Werner Große

13

Bestandsaufnahme

- Landesfinanzen
 - Anhörung Minister der Finanzen und Wissenschaftler
- Bevölkerungsentwicklung
 - Zahl der Verwaltungseinheiten mit weniger als 5.000 Einwohnern werden stark zunehmen

1. Februar 2012

Werner Große

14

Neuordnung der Aufgabenverteilung im Land

- Arbeitsgruppe „Aufgaben“
 - Soll Kommunalisierbarkeit von Landesaufgaben prüfen und Vorschläge unterbreiten
 - Zusammenhang mit Modernisierungspapier der Landesregierung
 - AG prüfen, welche Kreisaufgaben auf amtsfreie Gemeinden und Ämter übertragen werden können und Vorschläge unterbreiten

1. Februar 2012

Werner Große

15

Einbeziehung der Bürger

- Protokolle der Sitzungen werden im Internet veröffentlicht
 - www.ek2020.brandenburg.de
- Bürgerumfrage geplant
- Möglichkeit der Bürger, sich mit Stellungnahmen an die Kommission zu wenden
- Sitzung auch außerhalb Potsdams geplant

1. Februar 2012

Werner Große

16

Informationsreise geplant

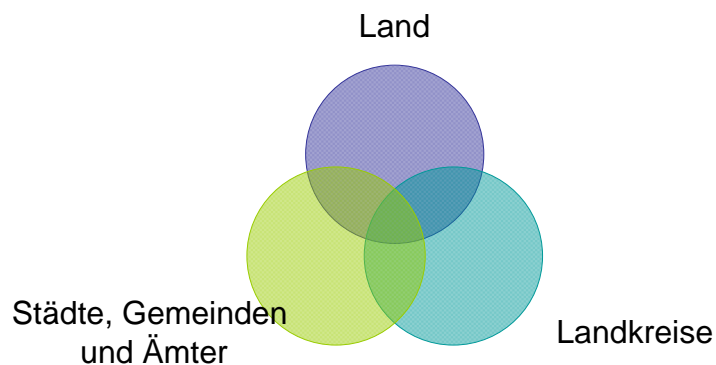
- Nach Dänemark / Schweden
 - Antrag von SPD/DIE LINKE mit Unterstützung GRÜNE/B90
 - (P) Beide Länder haben sehr großflächige Einheitsgemeinden
- StGB Antrag: Schweden / Österreich (oder nur ein Land) wurde nicht angenommen
 - Österreich als Beispiel für Land mit kleinteiliger Gemeindestruktur

1. Februar 2012

Werner Große

17

StGB: Umfassender Ansatz erforderlich



1. Februar 2012

Werner Große

18

Thesen

- Ämter bleiben als Alternative zur amtsfreien Gemeinde erforderlich
 - Ermöglichen dezentrale Entscheidungen über Infrastruktur, aber Bündelung der Verwaltungsverfahren, trotzdem demokratische Teilhabe
- Zusammenschlüsse und Aufnahme kleinerer amtsfreier können einwohnerschwache Ämter stärken
- Wiedereinführung des Modells 2 oder 3 prüfen
- Vor Abschluss der Arbeiten der Enquete-Kommission sollte davon abgesehen werden, Druck auf die kommunale Ebene auszuüben

1. Februar 2012

Werner Große

19

Thesen

- Amtsfreie Gemeinden und Ämter könnten viele Aufgaben wegen größerer Ortsnähe sachgerechter und schneller entscheiden
- Beispiele:
 - Vollzug Straßenverkehrsrecht, wie jetzt nach dem Standarderprobungsgesetz z. B. in Werder/Havel oder Amt Schlieben
 - Baumschutz im Innen- und Außenbereich
 - Entscheidungen über Schulbezirkswechsel
 - Rechtsanspruchsprüfung Kita-Platz
 - Wohngeld, Elterngeld, andere Aufgaben aus dem Bereich der sozialen Sicherung

1. Februar 2012

Werner Große

20

Thesen

- Übertragungsg geeignet sind alle Aufgaben, die in den Anforderungen mit den bislang von den Ämtern und amtsfreien Gemeinden erfüllten Aufgaben vergleichbar sind (z.B. Ordnungsbehördengesetz, Gewerberecht, etc.)
- Bei der Aufgabenerfüllung sollte auch nach der Leistungsfähigkeit der Ämter und amtsfreien Gemeinden unterschieden werden – leistungsfähigere Gemeinden sollten in größerem Umfang Aufgaben erfüllen können (vgl. StVO Werder/Havel – Amt Schlieben)
- Die Finanzierung der Aufgabenübertragung sollte als Gesamtpaket diskutiert werden
- Kein mittelbarer Druck, Aufgaben abzugeben (vgl. Schulträgerschaft Sek I)
- Neue Aufgabenübertragungen auf die Landkreise dürfen nicht dazu führen, dass die finanziellen Handlungsspielräume der Gemeinden weiter eingeschränkt werden (Kreisumlage)

1. Februar 2012

Werner Große

21



Weitere Informationen

www.stgb-brandenburg.de

www.ek2020.brandenburg.de

1. Februar 2012

Werner Große

22